

FS/DDR

21.35 h

22.4.74/Stro

"Der schwarze Kanal"

(Es spricht Hainz Grote)

(Einblende Westfernsehen)

"Mit höheren Preisen wird der Verbraucher demnächst auch bei Milchprodukten rechnen müssen."

"Gelöst worden sind die Preissteigerungen für Trinkmilch und andere Milchprodukte durch einen Beschluß der EG-Agrarminister. Die Bauern sollten für ihre Erzeugnisse 3,62 Pfennig mehr erhalten. Für die Verbraucher wird aber nach einer ersten Übersicht ihres Interessenverbandes praktisch das Doppelte herauskommen. Molkereien und Handel haben Preiserhöhungen von 6 bis 8 % angekündigt, oder bereits vollzogen. Der Liter Trinkmilch beispielsweise kostet je nach Gebiet und Verpackungsart zwischen 95 Pfennig und 1,15 Mark. Mit diesen Auswirkungen der Brüsseler Beschlüsse sind alle Beteiligten gleichermaßen unzufrieden."

H. Grote:

Alle Beteiligten sind unzufrieden und gewiß nicht ohne Grund, denn die Milchpreise, um die es hier geht, meine Damen und Herren, sind ja nur ein Beispiel von vielen. Aber niemand, die bürgerlichen Massen nicht ausgenommen, niemand scheint so recht zu wissen, woher die fortdauernden Preiserhöhungen denn nun eigentlich kommen. Die Käufer hier in diesem Fall, haben die Bauern im Verdacht. Die Bauern erklären zu recht, daß sie ja den geringsten Anteil vom höheren Milchpreis bekommen und verweisen auf die Molkereien, die wiederum geben dem Handel die Schuld. Der Handel verteidigt sich mit dem Hinweis auf die allgemeine Kostensteigerung. Aber woher kommt nun die? Vielleicht vermag die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft Auskunft zu geben.

(Einblende Westfernsehen)

"Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben Anfang dieser Woche ein Gutachten vorgelegt. Die Konjunkturforscher stellten fest, daß die Bundesrepublik zur Zeit von allen Zielen der Wirtschaftspolitik, nämlich Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Aussenwirtschaftliches Gleichgewicht weiter denn je entfernt ist."

"Herr Prof. Ploten, ist Ihres Erachtens die internationale wirtschaftliche Lage kritischer denn je, wenn man die verg. 20 Jahre nach der Korea-Krise zum Maßstab nimmt?"

"Ja, die internationale Lage ist in der Tat desolat. Die Preis- und auch die Mengenpolitik der öllexportierenden Staaten hat die Güter wie auch die Finanzströme in Bewegung gebracht, zu den die Finanzierungsschwierigkeiten der Entwicklungsländer außerordentlich verstärkt und zwingt auch einige der Industriestaaten, und nicht wenige von ihnen, sich zu verschulden. Was die Reform des internationalen Währungsfonds angeht, so sind wir keinen Schritt weitergekommen und einige der zentralen Bestimmungen des GAT scheinen gefährdet, auf europäischer Ebene sehen die Dinge nicht besser aus. Die Skepsis ist also berechtigt."

"...Handelsabkommen die Frage auf die Bundesrepublik bezogen, fürchten Sie zweistellige Teuerungsraten in diesem Jahr, sind Sie nicht auszuschliessen?"

"Vergleicht man die - das Preisniveau im Durchschnitt 1974 mit dem 1973, so werden wir voraussichtlich eine zweistellige Inflationsrate nicht erreichen. Wohl aber können wir sie erreichen, vielleicht auch überschreiten im Verlaufe des Jahres 1974."

H. Grote:

Der sachverständige Professor geht also davon aus, daß die Preise auch 1974 weiter klettern. Offen ist für ihn nur die Frage, wieviel sie klettern werden. Wird es zweistellig oder bleibt es gerade noch unter 10 %. Wie auch immer sich die Dinge im Laufe dieses Jahres in den kapitalistischen Ländern entwickeln werden, sicher ist jedenfalls eines, der Letzte wird von den Hunden gebissen, derjenige, der am Ende der kapitalistischen Produktionskette steht, der Käufer, der Verbraucher, der kleine Mann. Auf seine Kosten halten sich die großen Konzerne schadlos, ob es sich nun um Milch oder um Wohnungen, um Heizöl oder um Kinderschuhe handelt. Und so erscheinen den meisten Arbeitern stabile Preise als ein unerfüllbarer Wunschtraum.

(Einblende Westfernsehen)

Arbeiter:

"Ich möcht gar keine Lohnerhöhung haben, wenn ich genau wüßte, daß keine Preissteigerung kommt, Ich bin SPD-Mann."

"Welcher Gewerkschaft sind Sie?"

"Der IG-Metall."

"Sind Sie aktiv in der Gewerkschaft?"

"Nein, nur als Mitglied!"

"Warum sind Sie in der Gewerkschaft?"

"Die Gewerkschaft die kämpft ja für unsere Löhne und meines Erachtens, derjenige, der nicht in der Gewerkschaft ist, der sollte auch die Lohnerhöhung nicht bekommen."

Gerhard
Gerhard Grutsch will mehr Lohn und wäre gleichwohl bereit, auf höhere Löhne zu verzichten, wenn nur die Preise stabil blieben. Und trotz seiner schweren Arbeit macht Gerhard Grutsch gerne Überstunden. Rudolf Barkow ist seit 25 Jahren im Betrieb. Wenn er unzufrieden ist, geht er zum Chef. Der Betriebsrat, der sitzt vorne bei der Leitung. Die werden auch schon das Richtige für ihn tun. In der Gewerkschaft will er sich nicht engagieren, er bezahlt seinen Beitrag, da-für soll sie für seine Interessen kämpfen. Wenn er Feierabend hat, widmet er sich lieber seiner Familie, seinem Garten und seinen Hobbys.

Frage:

"Wie stehen Sie zum Streik?"

"Gar nicht! Da kommt sowieso nichts bei raus beim Streik, dann streikt man zwei oder vier Tage, dann muß man sowieso wieder für dieselben Pfennige arbeiten gehen." -

Frage:

"Würden Sie sich an wildem Streik beteiligen in Ihrem Betrieb?"

"Ja, vielleicht mal eine Stunde, aber nicht aus Protest, sondern wegen der Ausruhezeit."

Weil die Montagebänder zu schnell geschaltet sind, wird in der Bundesrepublik schon mal wild gestreikt. Nicht etwa gegen die Regierung und schon gar nicht gegen das System. -

H. Grote:

Nicht gegen die Regierung und schon gar nicht gegen das System. Nun, dazu liesse sich eine ganze Menge sagen, meine Damen und Herren, aber folgen wir für einen Augenblick der Logik in dieser Sendung des BRD-Fernsehens. Was sollen die Arbeiter daraus entnehmen? Erste Behauptung, stabile Preise sind wichtiger als Lohnerhöhungen. Nun, das ist kaum zu bestreiten, nur wer kann denn den Arbeitern stabile Preise garaantieren? Das kapitalistische System ist dazu bislang nicht imstande gewesen. Zweite Behauptung, Streik bringt nichts ein, am Ende muß man für dieselben Pfennige weiterarbeiten. Nun, meine Damen und Herren, wenn man den ständigen Preisanstieg als unabänderlich ansieht, dann stimmt der Satz, denn tatsächlich werden die hart erkämpften Lohnerhöhungen regelmäßig durch steigende Preise wieder aufgefressen. Diese Erfahrung haben Millionen Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern machen müssen. Aber sollten sie deshalb auf den Streik-kampf verzichten? Sie hätten nicht einmal ihren gewohnten Lebensstandard halten können. Auch die zweite Behauptung ist also nur zur Hälfte wahr. Und diese beiden Halbwahrheiten, die zusammen schon eine ganze Unwahrheit ausmachen, werden nun benutzt, um den Arbeitern Bescheidenheit und Wohlverhalten zu empfehlen. So eindeutig arbeitet das bürgerliche Fernsehen im Sinne des kapitalistischen Systems.

(Einblende WestBernsehen)

"Fleiß und Betriebstreue, Zurückhaltung in ihren Forderungen und der Wunsch nach Stabilität. Das sind Eigenschaften, die noch bei vielen deutschen Arbeitern anzutreffen sind. Die deutschen Gewerkschaften haben sich weder in ihrer Programmatik noch in der tarifpolitischen Praxis von diesem Bewußtsein der Masse der Arbeitnehmer entfernt. Dadurch haben sie auch wesentlich dazu beigetragen, dass Einkommen und Produktivität, Preise und Beschäftigung sich bei uns so günstig entwickeln konnten. Wachstum und Stabilität, diese Devise, die von allen großen Parteien in der Bundesrepublik vertreten wird, prägte auch das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Das bestehende Wirtschafts- und Sozialsystem bejahen die deutschen Gewerkschaften im großen und ganzen. Zur größten Regierungspartei, der SPD, ist das Verhältnis kritisch-loyal, deren rechten Flügel stehen sie näher als ihrem linken. Von kommunistischen Ideologien distanzieren sich die deutschen Gewerkschaften, Konflikt zwischen Kapital und Arbeit soll durch Partnerschaft, nicht durch Klassenkampf überwunden werden."

H. Grote:

Also, der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, immerhin wird hier eingestanden, daß es da einen Konflikt gibt, der soll überwunden werden durch Partnerschaft. Was darunter zu verstehen ist, das haben wir auch gehört. Fleiß und Betriebstreue, Zurückhaltung in ihren Forderungen und der Wunsch nach Stabilität. So sollen sich die Arbeiter und ihre Gewerkschaften verhalten. Von den Pflichten des anderen Partners, des Unternehmers, ist hier nicht die Rede. Worin bestehen denn seine Pflichten? Wie wäre es zum Beispiel mit etwas mehr Zurückhaltung beim Profitmachen? Aber scherz beiseite, meine Damen und Herren, Zurückhaltung ist wohl nur Sache der Arbeiter und Angestellten. Vorläufig wird als neuestes Heilmittel ein Stabilitätspakt angeboten.

Einblendung - Westfernsehen:

- Der Stabilitätspakt ist eine der stabilisierungspolitischen Alternativen, aber den Stabilitätspakt vorschlagen, ihn wollen und ihn verwirklichen können, das sind 2 verschiedene Dinge. Man kann ihn nur verwirklichen, wenn sehr extreme Bedingungen realisiert sind, und zu diesen gehört vor allem ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern sowie zwischen diesen und dem Staat. Dieses Vertrauensverhältnis ist auch belastet durch die bisherigen Lohnvereinbarungen; denn es ist ja keine Frage, dass beim Eintritt in den Verteilungskampf 1974 die Arbeitnehmer zunächst einen Vorsprung errungen haben und dass die Unternehmer versuchen ihn wettzumachen, d.h., also versuchen, den Lohnkostendruck in den Preisen soweit wie möglich zu überwälzen. -

H. Grote:

Also versuchen wir einmal hinter den Sinn dieser Sätze zu kommen. Stabilität erfordert, so werden wir belehrt, Stabilität erfordert vor allem ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, der Sprecher nennt dies eine extreme, also eine aussergewöhnliche Bedingung. Ganz so einfach ist es offenbar nicht mit der Partnerschaft. Und dann sagt er, dieses unerlässliche Vertrauensverhältnis sei belastet worden. Wodurch? Durch die bisherigen Lohnvereinbarungen. Klarer Fall also, die Arbeiter haben die stabilen Preise untergraben. Nun werden die Unternehmer den Lohnkostendruck in den Preisen soweit wie möglich überwälzen. Mit anderen Worten, eine neue Himmelfahrt der Preise steht bevor. Wird das aber nicht neue soziale Zusammenstöße, neue Streiks und Lohnkämpfe nach sich ziehen?

Einblendung - Westfernsehen:

- Man wird nicht beides haben können, nämlich, Antiinflationspolitik auf der einen Seite und keine Belastungen von Beschäftigung und Produktion. Jede Antiinflationspolitik ist mit einem Druck auf Beschäftigung und Produktion verbunden, die Frage ist nur, wie stark dieser Druck sein soll? Versucht man allerdings diesem Druck gegenwärtig auszuweichen, so muss man sich darüber im klaren sein, dass er später einmal unausweichlich sein wird und dass man dann eben stärkere Belastungen für Beschäftigung und Produktion hinzunehmen hat, als dies vielleicht gegenwärtig unvermeidbar erscheint und ist. -

- Könnte man generell formuliert sagen, dass soziale Konflikte mit Inflationierung sozusagen verschoben werden und hinterher wieder aufbrechen? -

- Also man wird über eine Inflationierung sozialer Konflikte über eine gewisse Frist hinweg überdecken können, aber man kann sie dadurch nicht lösen. -

H. Grote:

Das klingt alles ein bisschen schwer verständlich, meine Damen und Herren, und es ist wohl auch mehr für das kapitalistische Management zugeschnitten, als für den Arbeiter. Denn im Grunde werden hier 2 wissenschaftlich verkleidete Ungeheuerlichkeiten ausgesprochen. 1. Wird gesagt, jeder Schritt, jede praktische Massnahme gegen die Inflation erfordert Druck auf Beschäftigung und Produktion. Wie sachlich, wie abstrakt, beinahe wissenschaftlich klingt. Gemeint aber ist damit der Druck auf die Arbeiter und Angestellten. Stilllegung unrentabler Betriebe, unrentabel

im Sinne ungenügender Profiterzeugung, Massenentlassungen. Also mit einem Wort, gezielte Arbeitslosigkeit als Druckmittel gegen Streiks und Lohnkämpfe. Das ist die eine Möglichkeit, Einschränkung der Inflation auf Kosten des Partners Arbeiter, versteht sich.

2. Wird gesagt, wenn man die Inflation weitertreiben lässt, wenn man Inflationierung betreibt, dann kann man sich die schwersten sozialen Konflikte noch eine Weile vom Leibe halten. Sicher werden die Arbeiter dann neue Lohnkämpfe führen, aber mit steigenden Preisen können die Unternehmer das immer wieder auffangen. Das ist die andere Möglichkeit, Weiterführung der Inflation, ebenfalls auf Kosten des Partners Arbeiter. Das sind die beiden kapitalistischen, mit Verlaub, Lösungswege. Wer, ausser den bürgerlichen Ideologen, wer kann sich darüber wundern, dass das Vertrauen der arbeitenden Menschen zu diesem System des Profits und der Ausbeutung dahinschmilzt wie Schnee an der Sonne?

Einblendung - Westfernsehen:

- Für viele Europäer wird das Jahr 1974 ein Jahr der Enttäuschung. In den 6 Ländern, die sich seit 16 Jahren Hoffnung auf ein harmonisches Europa machen und in den 3 Ländern, die seit über einem Jahr der Europ. Gemeinschaft, der EG, angehören. Viele Bürger in den 9 Ländern der EG werden feststellen müssen, dass ihr Wohlstand, ihr Realeinkommen stagniert. Viele werden zum ersten Mal Inflationsraten von 10 % erleben und mehr als 2 Mio Europäer werden in diesem Jahr ohne Arbeit sein.

- 9.5.74 Str/Ge